

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	14.04.2016
Integrationsrat	18.04.2016

Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge

Über das bisher in den Unterbringungseinrichtungen und in der Verwaltung bestehende Beschwerdemanagement und den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungssystemen hinaus, plant die Verwaltung die Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle (Ombudsstelle) außerhalb der Stadtverwaltung.

Aufgabe dieser Ombudsstelle wird sein, Hinweise und Beschwerden zu Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aufzunehmen. Sie steht dabei nicht nur den Flüchtlingen, sondern allen, die solche Hinweise und Beschwerden haben, als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Stelle soll auch in der Lage sein, Betroffenen im Bedarfsfall unmittelbar ein Beratungs- und Hilfeangebot zu vermitteln. Um nach den bei der Ombudsstelle eingegangenen Hinweisen und Beschwerden wirkungsvoll Hilfe leisten und schnell Abhilfe schaffen zu können, werden dieser Stelle kurze Wege und feste Ansprechpartner in der Verwaltung zur Verfügung stehen. Über die Arbeit der Ombudsstelle ist regelmäßig zu berichten.

Besetzt werden soll die Ombudsstelle zunächst im Umfang einer Vollzeitstelle mit Fachpersonal, aufgeteilt in zwei halbe Stellen, um die Niedrigschwelligkeit durch Geschlechterparität zu verbessern und Vertretungsregelungen zu erleichtern. Es ist vorgesehen die Stelle zunächst befristet einzurichten, um dann nach einem angemessenen Zeitraum auf der Basis der gewonnenen Erfahrungen und Berücksichtigung der aktuellen Situation über eine Fortführung entscheiden zu können.

Ziel ist es, durch die Arbeit der unabhängigen Ombudsstelle die bestehenden Beschwerde-, Kontroll- und Unterstützungssysteme zu ergänzen und zusätzliche Hinweise zu Problemlagen und notwendigen Optimierungen zu erhalten.

Zurzeit wird ein Konzept zu dieser Ombudsstelle abgestimmt. Anschließend wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeiten und in die nächste Ratssitzung einbringen.

gez. Reker